

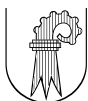


Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission
vom: 2. März 2016
zur Vorlage Nr.: [2015-411](#)
Titel: **Beantwortung des Postulats von Peter Brodbeck, SVP: «Gleich lange Spiesse in der Nordwestschweizer Gesundheitspolitik» (2013/053)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2015/411

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Beantwortung des Postulats von Peter Brodbeck, SVP: «Gleich lange Spiesse in der Nordwestschweizer Gesundheitspolitik» (2013/053)

Vom 2. März 2016

1. Ausgangslage

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission (unter Federführung ihres damaligen Präsidenten Peter Brodbeck) forderte in ihrem Postulat 2013/053 von der Regierung Massnahmen für eine verstärkte interkantonale Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik im Hinblick auf eine gemeinsame Spitalplanung und einheitlicher Wettbewerbsbedingungen. Das Postulat forderte zudem Anstrengungen zur Förderung und Stützung der Hausarztmedizin, zur Verbesserung der Situation des beruflichen Nachwuchses im Gesundheitswesen sowie das Ermöglichen einer Mitwirkung der Kantone bei der Festlegung der Krankenkassenprämien.

In seiner Antwort weist der Regierungsrat darauf hin, dass sich seit Einreichen des Postulats die gesundheitspolitischen Bedingungen grundlegend geändert haben. Im März 2015 beschlossen die beiden Basler Kantone, die Gesundheitsversorgung künftig gemeinsam zu gestalten und durch die Etablierung einer gemeinsamen Spitalgruppe eng zu vernetzen. Wo früher in voneinander abgegrenzten Räumen gedacht und gehandelt wurde, ist heute die Rede von einem integralen Gesundheitsraum, der auch die Bezirke Fricktal und Dorneck-Thierstein umfasst. Zudem ist der Kanton BL im Rahmen der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) Nordwestschweiz aktiv, ebenso im Projekt «Grenzüberschreitende Zusammenarbeit».

Den im Postulat gewünschten einheitlichen Wettbewerbsbedingungen sei man mit der neuen Spitalfinanzierung (dank diagnosebasierten Fallpauschalen, sprich DRG) wesentlich näher gerückt. Es findet auch ein Benchmarking auf Basis der «Baserates» der Spitäler statt. Bezüglich Förderung der Hausarztmedizin verweist der Regierungsrat auf das Programm zur Mitfinanzierung von Assistentenstellen in Hausarztpraxen. Baselland finanziert in diesem Rahmen zurzeit jährlich fünf Stellen für je sechs Monate zu 75%. Ausserdem wird am Universitären Zentrum für Hausarztmedizin beider Basel ein Weiterbildungs-Curriculum für Hausarztmedizin erarbeitet.

Bei der Mitwirkung der Festlegung von Krankenkassenprämien sei laut Regierungsrat der Einfluss der Kantone nur marginal. Es gebe aber die Möglichkeit einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesamt für Gesundheit, von der der Kanton bislang jedoch nicht Gebrauch gemacht habe. Bezüglich der geforderten Harmonisierung der Kriterien für die Genehmigung der Tarife zur Abgeltung von Spitalleistungen stütze sich der Kanton BL auf entsprechende Empfehlungen der GDK.

Insgesamt kommt die Regierung zum Schluss, dass Bestrebungen für «gleich lange Spiesse in der Gesundheitspolitik» im Gang oder bereits umgesetzt sind. Sie empfiehlt Abschreibung des Postulats

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde an der Sitzung vom 8. Januar 2016 im Beisein VGD-Generalsekretär Olivier Kungler und Jürg Sommer, Leiter Amt für Gesundheit, beraten.

2.1.1 Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.2. Detailberatung

Auf der einen Seite befand die Kommission, dass die Antwort des Regierungsrats die Entwicklung von der diffusen Situation zur Zeit der Einreichung des Postulats bis zum heutigen Stand gut zusammenfasse. Auf der anderen Seite ist man sich aber auch bewusst, dass der angestossene Prozess noch nicht am Ende angelangt ist. Das Ziel ist eine Harmonisierung und stärkere Zusammenarbeit im Raum Nordwestschweiz. Ein Kommissionsmitglied anerkannte, dass das aktuelle politische Personal bemüht ist, diesen Auftrag auch tatkräftig umzusetzen – der Auftrag bzw. das Thema damit aber noch nicht erledigt sei. Während einem Mitglied in der Antwort ein deutlich formuliertes Bekenntnis zu diesem Ziel fehlte, las ein anderes Mitglied daraus eine klare Absichtserklärung zur Kooperation.

Die Kommission liess sich von Jürg Sommer auch genauer über den von der GDK angestrebten Ausgleichstopf informieren, welcher der Attraktivität der Unterstützung von Assistenzstellen Vorschub leisten soll. Die Idee ist, dass die Kantone den Topf mit gesamthaft CHF 15 Mio. füllen. Kantone, welche viele Assistent/innen ausbilden, dürfen sich aus dem Topf bedienen. Die anderen Kantone zahlen ein. Gerechnet wird mit einem Inkrafttreten ab 2017, sofern mindestens 18 Kantone den Beschluss ratifiziert haben.

Die Kommissionsmitglieder entschieden sich klar für das Abschreiben des Vorstosses. Es sei nicht sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt im Landrat eine Debatte über Spitalpolitik loszutreten. Die Kommission machte deutlich, dass sie das Thema weiterhin – und unterstützt durch eine kooperative Direktion – eng begleiten werde.

3. Beschluss der Kommission

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission schreibt das Postulat 2013/053 mit 12:0 Stimmen einstimmig ab.

2. März 2016 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission
Rahel Bänziger, Präsidentin